

erscheint an jedem Werktag, Beschlüssen nehmen sämtliche Behalten und Postboten entgegen.

Bezugspreis im Jahr 8000.— und Anzeigerlohn, Einzelnummer 4 600.—

Kayserlich-Behörde für die städtische Stelle aus gedruckter Schrift oder beim Ankauf bei einmaliger Anschaffung 2000, Familienangelegenheiten, 1200, bei mehrmaliger Abnahme nach Tarif. Bei gerichtl. Anträgen u. Konturufen III der Rabatt hinwählig.

# Der Gesellschafter

## Wirts- und Anzeigerblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Gründet 1878

Verantwortl. Red. u. Verlag von G. W. Hölzer (Hrsg. Hölzer) Nagold.

Verleger Nr. 28

Bestellte Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind dabei von bestem Erfolg.

Die Zeitungsbestellung wird durch den Postboten überbracht. Es wird kein Nachdruck in Form von Auszügen, Kopien oder Nachdruck in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion gestattet. In Fällen von Unrichtigkeit der Bestellungen wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion ist für die Druckfehler nicht verantwortlich.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.  
Postfachkonto: Stuttgart 6113.

Nr. 175

Montag, den 30. Juli 1923

97. Jahrgang

### Tagespiegel

Die Einberufung des Reichstags ist beschlossen worden. Die Reichsregierung bereitet dazu Steuerreformen der Geldwertverwertung entsprechend vor.

Der württembergische Landtag hat sich bis zum Herbst vertagt.

Der Haushaltsausschuss des bayerischen Landtags fasste den Beschluss, die bayerische Regierung zu Verhandlungen mit der Reichsregierung zu ermächtigen, um wegen der befürchteten Verpändung der Reichsbahnen die bayerischen Bahnen wieder in den Besitz des bayerischen Volkes zurückzuführen.

Sachen und Thätigkeiten führen gegen die Reichsregierung wegen des Entlasses der Sicherung gegen einen Bürgerkrieg Beschwerde.

Frankreich zieht offensichtlich den Notenwechsel mit England in die Länge. Auch in England scheint man mit längeren Verhandlungen zu rechnen, so daß sogar der englische Außenminister auf längere Zeit noch in Urlaub gehen kann.

### Bismarcks 25. Todestag

(Zum 30. Juli)

Sonnabend frühe, nach einer schlaflosen Nacht, begann völlig unerwartet der letzte Kampf, der bis zum späten Abend dauerte. In den Armen des in fliegender Hast herbeigeeilten Leibarztes Schweninger hauchte um die elfte Nachstunde des 30. Juli 1898 Otto von Bismarck seine Seele aus.

So Hiers. Ganz Deutschland trauerte um seinen größten Sohn. Die Mächte der Welt weitesterten, dem Trauerhaufe ihre Teilnahme zu bezeugen. Wüste man doch draußen im Ausland, daß seiner überlegenen Staatskunst der Kaisererbe zu verdanken war. Mitten im Herzen Europas lag er als festes Friedenspfand den Dreißigen und verhinderte mit nie dagewesener Geschicklichkeit jede Koalition, die einen Krieg begünstigen konnte.

Für uns Deutsche aber war Bismarck noch mehr. Am 2. Mai 1879 legte er im Reichstag: „Ich habe von Anfang meiner Karriere an nur den einen Willen gehabt: Durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und wie kann ich diese Einigung beschleunigen.“

Dieses Wort ist ihm gelungen. Graf Canour hatte Italien, Bismarck Deutschland geneigt. Nicht in einseitiger Gleichmacherei. Das Bismarck'sche Reich war ein Bundesstaat, in dem die Einzelstaaten ihre geschichtlich gewordenen Eigenheit auch fernerhin behalten durften, und doch wieder so sehr zusammengefügt waren, daß kein noch so heftiger Sturm der Weltgeschichte, nicht einmal die jerschende, aufstrebende Kraft des Versailles Vertrags den Kitt, den der Meister um die Einheit seines Werks gelegt hatte, zerstören konnte.

Nach mehr, keine noch so heftige oder noch so gewalttätige Revolution, keine noch so schlaun Umtriebe zu Aufwindung der alten Mainlinie werden die Bismarck'sche Einheit zu sprengen vermögen. Im Glück einzig geworden, hat unsere Einigung die furchtbare Belastungsprobe eines vierjährigen Weltkriegs, wo der größte Teil der Menschheit und Niederzwingen versuchte, glänzend bestanden, und die Einigung wird auch das nächste Vierteljahrhundert und mehr's Welt, auf alle Zeiten hinaus andauern. Bismarck's Einigungswort wird auch in Aeonen nicht untergehen.

Überdies ist unter den Trümmern des Weltkriegs nie zerstört worden, was Bismarck im Schwelge seines Angehens geschaffen hatte: Die Verfassung, das Kaiserthum, das Heer, die Flotte, das Kolonialreich, der blühende Wohlstand Deutschlands, überhaupt unsere ganze hochauflühende Wohlthat, unsere machtvolle Weltstellung u. a. m. Was sich militärisch entmannet, außenpolitisch ausgeschaltet, wirtschaftlich ruiniert, finanziell entmündigt, kurz, ein niedergegangenes verfallenes Gemeinwesen, das sich kaum einen selbständigen Staat nennen darf, ein armes, wehrloses und mißvertrautes Volk, dem ein übermächtiger Feind einen Hundsterr nach dem andern angegriffen geben kann.

Was da eine Hilfe noch? Ja. Aber nur, wenn der tote Bismarck in der deutschen Volksseele wieder aufersteht. Mit ihm der Reichsgedanke der sich sagt: „Wir müssen zusammenhalten, wenn wir nicht verloren sein wollen!“, der Staatsgedanke, der vor dem Bismarck'schen Grundgesetz erfüllt ist: „Für mich hat immer nur ein einziger Kampf, ein einziger Polsterstein, nach dem ich streue, bestanden: salus publica!“, und der nationale Gedanke, der jene Bismarck'sche Lösung hochhält: „Im Dienste des Vaterlandes verzehre ich mich.“

Echon sind es bald 25 Jahre, daß Bismarck im Schoß der Erde ruht. Nicht in einem Dom, nicht in einer Fürstengruft. Er ruht wie Widukind im Sackswald. Sein Grabmal weidet die schlichten Worte: „Ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms des Ersten.“

Diese Worte hatte er selbst als Grabinschrift gemäß die deutsche Treue vor des Geheimnis seiner Kraft

### Vereine

Gedenkt bei euren Veranstaltungen, Sommerfesten usw. der Helden an Ruhr und Rhein und gebt zum Deutschen Volksoffer

Spendenannahmestelle: Der Gesellschafter!

Es ist auch der Ursprung unserer nationalen Einverlebung. Wann wird Gott uns wieder einen Bismarck geben? Wann werden wir Deutsche so weit sein, daß wir ihn verdienen?

„Ein Mann ist tot, ein Rabelungenenkel, daß er die Zeit, den toll gewordenen Renner, Mit eherner Faust regier' und ehernem Schentel.“ W. H.

### „Die Vereinigten Staaten von Europa“

Unter dieser Ueberschrift berichtet der „Observer“ aus Moskau:

Die Artikel von Trotsky in der „Pravda“ sind beachtenswert als Anzeichen einer Veränderung in der auswärtigen Politik. Kürzlich sprach er über die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“, einer engen Vereinigung aller kontinentalen Staaten zum Schutze gegen die drohende Ausbreitung Europas durch den amerikanischen Kapitalismus.

Roch Trotsky's Ansicht war der europäischen Krieg die Folge der Ausbreitung der kapitalistischen Produktion über die Landesgrenzen hinaus. Deutschland strebt danach, ganz Europa nach seinem eigenen, hochentwickelten Schema zu organisieren. Frankreichs gegenwärtiges Ziel ist anheimend die Balkanisierung Europas, um seine eigene Vorkherrschaft zu sichern. Frankreichs Wunsch, Deutschland zu zerstückeln, bezeichnet Trotsky als „alte Idee“. England steht dem Aufrufkampfs unwillig zu, weil es weiß, daß es seine beiden großen Rivalen Frankreich und Deutschland aufreißt. Trotzdem hält er die Zerstückelung der Rohstoffgebiete an der Ruhr und in Lothringen für wichtig für Europa. Er erklärt die „merikanische Zurechtweisung der europäischen Angelegenheiten gegenüber mit dem Wunsch, Europa finanziell zu beherrschen, und rät den europäischen Völkern dringend, den Wiederaufbau ihrer Länder selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht auf die unzuverlässige Hilfe Amerikas zu verlassen.

Er hofft auf einen Zusammenschluß aller kommunistischen, sozialistischen und radikalen Regierungen Europas. Dielem Zusammenhang würde nach seiner Meinung eine Handels- und Kreditblockade von Seiten Amerikas, wahrscheinlich mit Unterstützung Englands, folgen. Ein vereinigtes Europa, einschließlich Rußlands mit seinem Reichtum an Rohstofforten, würde aber voraussichtlich stark genug sein, einer solchen Blockade zu widerstehen.

Mittlerweile baut Rußland eifrig Flugzeuge. Diese Woche wurde ein Flaggentag für die russische Luftflotte veranstaltet, und in den letzten Monaten brachten die Zeitungen täglich eine Liste von kleinen Beträgen, gesammelt von einzelnen Personen und Vereinen für den Flugzeugbau. Die rote Garde hat die patriotische Begeisterung für die rote Flotte stark angefaßt. Kleine vergoldete Flugzeuge mit dem Namen „Ulanowa“ werden von Händlern auf der Straße verkauft.

Man sieht, auch Trotsky schlägt in dieselbe Kerbe wie Nabel, der schon seit langer Kampagne eröffnet hat, um mit gleichzeitigen Reden namentlich das deutsche Volk für die bolschewistische Idee zu gewinnen. Auch die vorstehende Rede Trotsky's ist in erster Linie an Deutschlands Wüste gerichtet.

Hält man diese angestrebte Propaganda von Moskau aus zusammen mit den Vorbereitungen der deutschen Weltrevolution für den 29. Juli, so erkennt man, mit welcher Energie von dieser Seite für den großen Schlag gearbeitet wird, und gewinnt einen Blick in die unheimliche Werkstätte der russisch-deutschen Weltrevolution!

### Vom Ruhrkrieg

Neue Schreckensurteile

Werden, 28. Juli. Gestern wurden vom fliegenden Kriegsgericht in einem großen Spionageprozess verurteilt: Oberleutnant Keller, Leutnant Kuntz und Major Jernand in Abwesenheit zum Tode, Büroangestellter Brauer, Schutzpolizistwachmannlicher Uch zu Lebenslänglicher Zwangsarbeit, Regimentskapitän Dr. Niehne zu fünf Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, sowie Hauptmann Stubbenhoff zu drei Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe.

### Lebenslängliches Zuchthaus für Görge

Paris, 28. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf ist die am 13. Juni gegen den Landwirtschafstheoretiker der Sachlichen Ankn. und Sodasabrik, Görge, vom Kriegsgericht in Wahn verhängte Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthausstrafe umgewandelt worden.

### Fortgesetzte Geldraubereien

Paris, 28. Juli. Trochdem die französische Presse seit einigen Tagen mit besonderem Nachdruck auf den sich zum Schaden der breiten Volksmassen geltend machenden Mangel an Papiergeld im besetzten Gebiet hinweist, verläßt die „Agence Havas“ heute aus Düsseldorf, daß die Besatzungsnahme von Papiergeld trotzdem seitens der Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet fortgesetzt wird. In dem vorliegenden Falle handelt es sich um zwei Milliarden Mark, die die französische Militärpolizei mit Hilfe französischer Zollbeamten im Hagen von Weimersheim (?) beschlagnahmt hat, und um 500 Millionen Mark, die in Essen zwei Eisenbahnern abgenommen wurden und die angeblich zur Bezahlung deutscher Eisenbahner bestimmt waren. Die beiden Träger der letzteren Summe sind verhaftet worden. — (Die Franzosen wollen eben durch ihre Geldraubereien ein Chaos aus durchsichtigen Gründen herbeiführen.)

### Ein Havas-Schwindel über die Krupp-Werke

Berlin, 28. Juli. Havas berichtet über den Verkauf von Krupp-Aktien an das Ausland. Ein aus Franzosen und Engländern zusammengesetztes Syndikat solle nach Uebnahme eines großen Teils von Krupp-Aktien eine neue selbständige Gesellschaft bilden. Von zuständiger Seite wird hierzu bemerkt, daß an der ganzen Nachricht kein wahres Wort sei. Zudem habe die Havasmeldung die Anzahl der Arbeiter auf den in Frage kommenden Krupp'schen Werken um das Zehnfache überschätzt.

Ursache dieser echten Havas-Kombination ist wahrscheinlich das bisher nicht dementierte Börsengerücht, daß der Krupp'sche Familienbesitz in mehrere Aktiengesellschaften aufgelöst werden soll, die untereinander durch ein loyales Band, als es bisher der Fall war, zusammengehalten werden. Das Direktorium würde dann die einzelnen Betriebe nicht mehr selbst leiten, sondern nur noch die Oberaufsicht über die einzelnen Direktionen haben.

### Ein mißglückter Festzug der Sonderbündler

Siegburg, 27. Juli. In einer Anzeige luden die Siegburger Sonderbündler, an deren Spitze der berühmte Hochverräter Göttinger, zur Teilnahme an einem Festzug durch die Straßen Siegburgs ein. Der Zug sollte an der festlich geschmückten Aggerbrücke sein Ende finden. Der ganze Festzug bestand aber nur aus 18 Mann, die es wagten, die feindliche Bevölkerung Siegburgs zu provozieren. Schließlich fanden sich zwei französische Gendarmen und mehrere französische Soldaten ein, um die Teilnehmer zu schützen. Der „Festzug“ gestaltete sich zu einem Speikrutenlaufen, da eine majestätische Menge in Johlen und Schreien einstimmte, die die Musik überdienten. Die Erregung der Bevölkerung erreichte ihren Höhepunkt, als die Bewohner Siegburgs zu sehen suchten, wie Göttinger auf der Straße mehrere französische Soldaten aufs herzlichste begrüßte.

### Milicre Eingriffe in die Kursfestsetzung

Paris, 28. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission dem oberkommandierenden General der Besatzungsarmee Vollmacht erteilt, die im besetzten Gebiet befindlichen Banken dahin anzuweisen, daß sie die von ihnen für den An- und Verkauf von Papiermark gegen französische, belgische oder englische Währung bestimmten Kurse anschlagen.

### Neue Nachrichten

#### Die Einberufung des Reichstages beschlossen

Berlin, 28. Juli. Die Einberufung des Reichstages, die vorgestern vom Reichstagspräsidenten Lobe gefordert wurde, ist gestern beschlossen worden. Der Termin steht noch nicht genau fest, da die Beschlußfassung über die vorzulegenden Finanz- und Steuer Gesetze vorangehen muß. Danach wird der Reichstag nicht vor dem 9. August zusammen kommen.

#### Aufruf des Reichskanzlers an die Landwirtschaft

Berlin, 28. Juli. Reichskanzler Dr. Cuno hat an die Führer der Landwirtschaft folgendes Telegramm gerichtet: „Die Städte sind infolge der Verpändung der Ernte von Kartoffeln entblüht. Auch sonst wachsen die Ernährungsschwierigkeiten der breiten Verbraucher Massen. Ich richte daher an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Aufruf, alle Kräfte anzuspannen, um insbesondere die Frühkartoffelernte möglichst bald den Verbrauchern zuzuführen, um die Lage in den Städten zu erleichtern.“ Der Reichskanzler und der Reichsernährungsminister werden in den nächsten Tagen auch mündlich mit der Landwirtschaft wegen Behebung der Ernährungsschwierigkeiten erneut ins Benehmen treten.

#### Steuerreform und neue Steuern

Berlin, 28. Juli. Die Reichsregierung beriet auf Grund der Vorarbeiten der Ministerien und der Vorkonferenzen, die in den letzten Wochen beim Reichskanzler stattgefunden haben, gestern unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten über die Maßnahmen, die angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage zu ergreifen sind. Verabschiedet wurde der



Zurück des Gesetzes über die Änderung einzelner Verbrauchssteuererlasse und der Entwurf eines Steuererlasses, die gemeinsam die Inflation zu hemmen helfen werden. Der Reichsfinanzminister legte ferner den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vermögenssteuererlasses, des Erbschaftsteuererlasses und des Umsatzsteuererlasses vor, durch die insbesondere eine Anpassung an die Geldentwertung erreicht werden soll. In einem Telegramm an die Ministerpräsidenten der Länder hat der Reichsfinanzminister darauf hingewiesen, daß die Beratung dieser Gesetze im Reichsrat so beschleunigt werden muß, daß sie dem Reichstag am 8. oder 9. August vorliegen. Weiter wurde über die Ausgabe der wertebändigen Anleihe beraten. Genauere Mitteilungen hierüber werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Ueber weitere Maßnahmen der Reichsbank, insbesondere zur Lösung der Goldkreditfrage, werden ebenfalls in den nächsten Tagen Mitteilungen erfolgen.

#### Nach Eöhne der Reichsarbeiter

Berlin, 28. Juli. Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit der von den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter gebildeten Kommission haben zu folgender Einigung geführt: In Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortszulage für Handwerker 24 270 Mark, für die angelernten Arbeiter 22 740 Mark für die Woche vom 29. Juli bis 4. August betragen. Der Höchstlohn für Ortszulagen beträgt künftig 37 v. H.

#### Schiedsgericht im Honorarstreit der Krankenkassen

Berlin, 28. Juli. Im Reichsarbeitsministerium fällt gestern das Schiedsgericht in dem Honorarstreit zwischen den Krankenkassenverbänden und den Ärzten die Entscheidung, daß für die zweite Jahreshälfte pro Patient ein Honorar von 250 M. zu zahlen ist, so daß das Krankenhonorar für den ganzen Juli 10 687 M. beträgt. Ueber die für die Monate August und September zu zahlenden Honorare werden heute Verhandlungen im preussischen Wohlfahrtsministerium stattfinden.

#### Verhaftungen zu den Frankfurter Unfällen

Berlin, 28. Juli. Nach einer Meldung der „B. Z. am Mittag“ aus Frankfurt a. M. hat die Polizei in Friedberg einen Mann verhaftet, in dessen Kleidern sich Blutspuren befinden. Wie das Blatt annimmt, scheint damit einer der Haupttäter des Mordes in Frankfurt festgenommen zu sein. Es handelt sich um einen Arbeiter namens Reich, der sich einer Mordtat gerühmt hatte. Er wurde nach Frankfurt gebracht. Auch in Frankfurt selbst wurden mehrere neue Verhaftungen vorgenommen. Weiter wurde ein ehemaliger Misspolsky verhaftet, der zugibt, zwei Schüsse abgegeben zu haben. Darin erblickt das Blatt den Beweis, daß Dr. Haas tatsächlich nicht geschossen hat.

#### Bayern und die Reichsbahn

München, 28. Juli. Im Haushaltsausschuß des Bayer. Landtags wurde gestern der Antrag der Bayer. Volkspartei zur Selbständigmachung der bayerischen Staatsbahnen beraten. Abg. Rothmaier von der Bayer. Volkspartei erklärte, daß der § 24 des Staatsvertrages über die Dezentralisation vom Reich nicht erfüllt worden sei. Das Reichsbahnfinanzgesetz sei unmöglich, denn es schaffe ein Sondervermögen und es verstoße gegen den § 8 des Staatsvertrages, nach dem ein Verkauf oder eine Verpfändung ohne Zustimmung der bayerischen Regierung und des Landtags nicht stattfinden dürfe. Damit sei auch für Bayern der Vertrag hinfällig, und es müsse deshalb zu einer Neuregelung der Angelegenheit geschritten werden. Die beste Lösung sei die Selbstübertragung der bayerischen Eisenbahn an das bayerische Volk entsprechend dem Antrag seiner Partei. Der Vertreter der Sozialdemokratie wandte sich gegen diesen Antrag und stimmte vielmehr einem Antrag der Demokraten bei, der eine unergänzliche amtliche Untersuchung und Nachprüfung darüber wünscht, inwieweit die Aufstellungen und Angaben in der Schrift des Abg. Rothmaier über die Bilanz der Verreichlichung der Staatsbahnen richtig sind. Der Führer der Bayer. Volkspartei, Held, führte aus, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß durch den Zentralismus und Unitarismus im Eisenbahnwesen gerade das bayerische Wirtschaftsleben in schwerer Bedrängnis gekommen sei. Auch in Württemberg und Baden hege man ähnliche Beschwerden und habe Forderungen in Berlin angemeldet. Der Vertreter der Bayer. Mittelpartei teilte die Rechtsauffassung, daß der Staatsvertrag durch das Angebot der Reichsregierung an den Verband über den Haufen geworfen sei. Handelsminister Dr. v. Reineck erklärte, daß die Frage schon lang den Gegenstand erster Sorge der Regierung bilde. Die bayerische Regierung habe in Berlin schon lange auf die Unzufriedenheit aufmerksam gemacht und davor gewarnt, die Zentralisation immer härter zu gestalten. Auch Württemberg und Baden hätten Besorgnisse zum Ausdruck gebracht. Der Antrag Held (Bayer. Volksp.) der der Regierung den Auftrag zum Verhandeln mit dem Reich gebe, sei durchaus innehmbar. Jedemfalls müßten angesichts des Reichsbahnfinanzgesetzes umfassende Verhandlungen mit dem Reich begonnen werden. Zum Antrag Held war inzwischen ein weiterer Antrag eingebracht worden, wonach ein Umtausch des Landtags mit der Staatsregierung während der Verhandlungen in ständiger Fühlung bleiben soll. In der Abstimmung wurde der Antrag Held in dem ersten Teil mit großer Mehrheit im weiteren Teil, hinsichtlich des Umtausches des Staatshaushaltsausschusses einstimmig angenommen.

#### Frankreichs Verschleppungs-Diplomatie

Paris, 28. Juli. Die „Chicago Tribune“ behauptet, folgende Angaben über den Inhalt der französischen Antwort an das englische Ministerium machen zu können: Die französische Antwort sei nicht endgültig, wie England es gewünscht habe. Sie fordere weitere Aufklärungen und Einzelheiten über einige der wichtigsten Punkte der Curzon-Note und eröffne den Weg zu weiteren Verhandlungen unter den Alliierten, ermögliche es jedoch den Engländern nicht, die Antwort an Deutschland fertigzustellen und abzuschicken, wie man das in der Downingstreet gehofft habe. Poincaré bemühe sich in seiner, in höflicher diplomatischer Sprache abgefaßten Note, jeden scharfen Widerspruch gegen die englischen Feststellungen oder eine glatte

Ablehnung der englischen Vorschläge zu vermeiden. Dagegen möchte Poincaré in seiner Note die beiderseitige Einigkeit und Harmonie dadurch herstellen, daß er „im Prinzip“ gewisse Vorschläge, die der französischen Politik zuwiderlaufen, als Verhandlungsgrundlage annehme. Die Note vermerte sorgfältig alle diejenigen Punkte, in denen die beiden Mächte einig seien, darunter auch den beiderseitigen Wunsch, Reparationen zu verlangen, den Frieden zu erhalten und die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa wieder normal zu gestalten. Die strittigen Punkte traten vollständig zurück hinter dem Wunsch nach weiterer Klärung von Einzelheiten, worauf der französische Standpunkt geltend gemacht werde, um gewisse Verbesserungen zu fordern. Es wird angenommen, daß England die französische Antwort unbefriedigend finden und daß diese als Grundlage für die Debatten im Unterhaus in der nächsten Woche nicht ausreichen werde.

#### Der englische Außenminister kann auf Urlaub gehen

Paris, 28. Juli. Das „Journal“ betrachtet eine Zukunftsmöglichkeit zwischen Lord Curzon und Poincaré, wenn der erstere zur Kur nach Frankreich kommt, als wahrscheinlich, obwohl sie in London bestritten werde. Die Bedeutung einer solchen Unterredung unter den gegenwärtigen Umständen brauche nicht hervorgehoben zu werden. Die Reise Lord Curzons würde dafür sprechen, daß eine überkürzte Entwicklung der Verhandlungen vorgesehen sei, sonst würde doch Curzon die Downingstreet für mehrere Wochen verlassen.

#### Der Marktsturz im englischen Urteil

London, 28. Juli. Die Times weist in ihrem Handelsteil darauf hin, daß in der City Geschäfte für Lieferung von Markt in drei Monaten zum Satz von sechs Millionen das Pfund Sterling abgeschlossen wurden. Das durch solche Zahlen gekennzeichnete finanzielle Chaos in Deutschland sei das unvermeidliche Ergebnis von Deutschlands finanzieller Politik, die ihm in einem sehr wichtigen Umfang durch die Verwirrung der Entschädigungsfrage und die auf sie folgenden Ereignisse, vor allem die Ruhrbesetzung, aufgewungen worden sei. Kein Stabilisierungsplan könne wirksam sein, der nicht Teil eines umfassenden Plans für den Wiederaufbau des ganzen Gebäudes der deutschen Finanzen bilde, und von der geplanten internen Goldanleihe könne man sich nur sehr wenig versprechen. Das Blatt fährt fort: „Die deutschen Finanzen haben einen Punkt erreicht, wo keine deutsche Regierung instand zu sein scheint, die Maßregeln zu treffen, die nötig sind, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Tatsächlich ist das unmöglich, während das Ruhrgebiet von einer andern Macht besetzt ist; wenn aber die Entschädigungsfrage gelöst ist, wird die Reform der deutschen Finanzen unter fremder Oberaufsicht durchgeführt werden müssen. Das wird nun in Deutschland allgemein zugegeben. Alles, was heute in Deutschland geschieht, bestärkt die diesigen Geschäftsleute in der Ansicht, daß nur die schleunigste Lösung der Entschädigungsfrage Europa vor den Folgen eines vollständigen finanziellen Zusammenbruchs bewahren kann.“

#### Die beschäftigungslosen Kontrollkommissionen

Paris, 28. Juli. Poincaré empfing am Dienstag nachmittag General Peltet, der ihm über die Konferenz von Pauanne berichtete. Später empfing er General Rollet, den Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland, der ihm von den Schwierigkeiten berichtete, denen die Kommission in der Ausführung ihres Mandates begegne. Die Tätigkeit der Kommission hätte am 26. Juni aufgenommen werden sollen; der General erklärte aber, daß die Kommission sich bis jetzt sozusagen außerhalb der Szene habe, ihre Arbeiten aufzunehmen.

#### Die Center Universität vlämisch

Brüssel, 28. Juli. Die Kammer lehnte mit 108 gegen 56 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen den Vorschlag auf Veranlassung einer Volksabstimmung in den vier vlämischen Provinzen über die Center Universität ab und nahm mit 87 gegen 70 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen den Beschlus vor, die Vlämisierung der Center Universität an.

#### Amerika informiert sich in Belgien

Paris, 28. Juli. Nach einem Londoner Telegramm des „Zeit Parisien“ soll der amerikanische Schahsekretär Reilon, der voraussichtlich hier Unterredungen über die zur Zeit schwebende, sowohl Amerika wie Europa berührende Fragen mit „gewissen Persönlichkeiten“ haben werde, beabsichtigen, vor seiner Rückkehr nach London auch einen Abstecher nach Brüssel zu machen.

#### Verminderung des österreichischen Defizits

Wien, 27. Juli. Nach Zusammenstellung der amtlichen statistischen Nachrichten betrug das Staatsdefizit in den ersten sechs Monaten des Jahres 1923 im Monatsdurchschnitt 17,4 Millionen Goldkronen gegenüber einem Durchschnittsergebnis von 23,5 Millionen, das der Bälterbundsplan in Aussicht genommen hatte. Dieses Ergebnis wurde dadurch erzielt, daß in den ersten fünf Monaten bei den Gesamtausgaben 112 Milliarden Papierkronen erspart wurden, obwohl die Bundesbahnen einen um 200 Milliarden höheren Zuschuß erforderten, und daß die Einnahmen um 553 Milliarden gleich 30 Prozent günstiger waren als der Vorausschlag des Bälterbundes. An direkten Steuern allein wurden 584 Milliarden erzielt gegen 252 Milliarden des Vorausschlages. Im zweiten Halbjahr wird das Defizit im Monatsdurchschnitt 13 Millionen Goldkronen nicht übersteigen dürfen.

#### Demonstrationen

Mannheim, 28. Juli. Die Metallarbeiter und Arbeiterinnen mehrerer großer Firmen versammelten heute mittag die Arbeiterstätten und zogen in ihren Arbeitskleidern durch die innere Stadt, um gegen die Teuerung zu demonstrieren. Es war ein endloser Zug. Die Arbeiter anderer Firmen waren einem gestern abend gefaßten Beschluß treu geblieben, wonach der Umzug hätte unterbleiben sollen. Für morgen sind Kundgebungen der Kommunisten angesetzt, zu denen auch Zugang von außen zu erwarten ist.

Unterstützen Sie Ihr Heimatblatt!

#### Sachsen und Thüringen gegen die Reichsregierung

Zu der Erklärung der Reichsregierung über die Möglichkeit eines Bürgerkrieges vom 8. Juli, in der am Schluß besonders auf Sachsen und Thüringen hingewiesen wird, hat die sächsische Regierung ein Schreiben an die Reichsregierung gerichtet, das sie der Presse zur Veröffentlichung übergeben hat. In dem Schreiben heißt es:

Diese Erklärung hat hier außerordentlich überreißt. Die Öffentlichkeit muß sich angeichts der sonderbaren Formulierung fragen: Warum legt die Reichsregierung so besonderen Wert auf die Feststellung, daß sie bemüht sei, mit Sachsen und Thüringen ein Einverständnis zu pflegen, und daß sie es in dieser Beziehung nicht an erster Aufmerksamkeit fehlen lassen werde. Soll damit gesagt sein, daß die sächsische und die thüringische Regierung einer besonderen Oberaufsicht bedürften? Soll in dieser Beziehung behauptet werden, in Sachsen hätten die inneren Verhältnisse derartige Formen angenommen, daß von Sachsen aus ein Bürgerkrieg drohe? Die Reichsregierung hat in verschiedenen Rundschreiben mit Recht darauf hingewiesen, daß es Sache der Länder sei, für die Ordnung im Innern zu sorgen. Wenn die Reichsregierung in ihrer Erklärung vom 18. Juli 1923 sagt, sie würde es bei Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse nicht „an pflichtgemäßem rühmter Aufmerksamkeit fehlen lassen“, so kann das bedeuten, daß nach Auflösung der Reichsregierung die sächsische und thüringische Regierung in dieser Beziehung nicht die pflichtgemäße erste Aufmerksamkeit anwenden dürften und daß gerade von Sachsen und Thüringen aus die Gefahr eines Bürgerkrieges drohe. Die sächsische Regierung darf die Reichsregierung um eine Erklärung bitten, ob dies der Sinn ihrer Erklärung ist, gegebenenfalls, wie sonst Sinn dieses Teiles ihrer Erklärung ist und was sie zu einer derartigen Stellungnahme gegen die sächsische Regierung veranlaßt hat. Für den Fall, daß die Reichsregierung behaupten will, von Sachsen aus drohe die Gefahr eines Bürgerkrieges, darf die sächsische Regierung um Mitteilung der Tatsachen bitten, auf die die Reichsregierung eine solche Annahme stützt.

Man wird auf die entsprechende Antwort mit Recht gespannt sein dürfen.

#### Württembergischer Landtag

Die gestern Freitag vormittags abgebrochene Beratung des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuererlasses für 1923 wird fortgesetzt und die Abstimmung über den Art. 3 noch gehalten. Der Art. 1 der nach dem Ausschuhsantrag das 1500fache des Grundlasterers, das 100fache des Gebäudelasterers und das 1500fache des Gewerbelasterers vorliegt, wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Zu Art. 3 findet nach Ablehnung des Antrags Winter-Scheef der Antrag Strödel-Bräig-Rohmann Annahme, wonach für die vom 1. Oktober ab fälligen Vorauszahlungen die Ministerien des Innern und der Finanzen mit Zustimmung des Steueranwaltes des Landtags ein anderes Verzeichnis festsetzen können. Art. 4 regelt die Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer und bestimmt im wesentlichen, daß Betriebe mit mehr als 10 Angestellten und Arbeitern 1 v. H. der monatlichen Lohn- und Gehaltssumme allmonatlich voranzuzahlen haben. Der Ausschuh beantragt unverändert Annahme Winter (Soz.) regt an, die Art. 4 und 5, die den Unternehmern und den Steuerbehörden eine unnötige Belastung bringen, zu streichen und den Gemeinden die Einführung einer Lohnsummensteuer zu gestatten. Roth-Kuelling (Dem.) wendet sich nachdrücklich gegen diesen Vorschlag. Dem Ausschuhsantrag auf Zustimmung wird hierauf beigetreten. Zu Art. 5 beantragen Bräig-Strödel-Rohmann-Kath-Willingen einen Zusatz, wonach Bezugszinsen erst vom 10. September ab zu bezahlen sind. Finanzminister Dr. Schall erhebt sich mit dem Antrag einverstanden, der hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wird ebenfalls unverändert die Art. 5 und 6.

Nach Art. 7 sollen Unternehmer mit einem Betriebsermögen von über 400 000 M., die im Jahr 1922 mit Arbeitslosigkeit gearbeitet haben, mit 1-6 v. H. zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Der Ausschuh hat auf Antrag Rohmann 2-4 v. H. beschlossen. Winter (Soz.) nimmt seinen in Ausschuh abgeleiteten Antrag wieder auf, so lautet: 4-6 v. H. Dieser Antrag wird abgelehnt und dem Ausschuhsantrag zugestimmt. Nach Art. 7 a, der vom Ausschuh auf Antrag von Abg. Müller neu herbeingenommen wurde, soll die Wandergewerbesteuer mit dem 1100fachen Betrag voranlagt werden bei Betrieben, die nach dem 17. Juli eröffnet wurden. Berichterstatter Scheef (Dem.) beantragt, der Art. 7 a wieder zu streichen, eventuell den Steuerfuß auf das 600fache zu erniedrigen. Bei der Abstimmung wird Art. 7 a aufrecht erhalten, jedoch in der Form des Entwurfsantrags Scheef. Damit ist die zweite Beratung des Gesetzes erledigt.

Auf der Tagesordnung des Samstags stehen zunächst die kleinen Anfragen. Auf die Anfrage des Abg. Siller und Gen. (L.B.) betreffend das Vorgehen des Wucherzinses gegen die Bäckermeister in Ludwigsburg und Stuttgart erwidert Justizminister Beylerle, daß er die Anfrage schriftlich beantworten werde, sobald das Vorverfahren abgeschlossen sei. Zu Kap. 40 haben Heymann (S.) und Scheef (D.) einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, einen Nachtragsplan zum Staatshaushalt für 1923 vorzulegen, durch die so viele ständige Volkschullehrerstellen neu erschaffen werden, als zur Durchführung des Art. 39 bis 40 des Volksschulgesetzes erforderlich sind. Abg. Heymann (S.) begründet auch diesen Antrag. Abg. Dr. v. Müllerberger (D.) stimmt dem Antrag zu. Kultminister Dr. v. Heberer weist darauf hin, daß bei Aufstellung des Etats für 1923 unter sämtlichen Ministerien die Vereinbarung getroffen wurde, daß keine neuen Stellen geschaffen werden sollen. Nach kurzen Bemerkungen des Finanzministers Dr. Schall wird der Antrag Heymann-Scheef angenommen. Ueber den weiteren, zum Kap. „Höhere Schulen“ gestellten Antrag bei Engelhaaf-Scherer wird, den Uebergang von der Grundschule in die höheren Schulen (sich vom dritten, statt von dem vierten Jahre ab), dessen Ueberweisung an den Schulausschuß beantragt wird, muß, nachdem die allgemeine Abstimmung Stimmengleichheit ergeben bezw. zweifelsfrei geblieben ist, namentlich abgestimmt werden; die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags auf Ueberweisung an den Schulausschuß mit 30 gegen 28 Stimmen bei 1 Enthaltung (Müllerberger). Für den Antrag stimmen B.D., S. und D.B., dagegen Demokratie und die gesamte Linke. Damit ist die dritte Beratung des Nachtragsplans erledigt. In der Schlussabstimmung wird der Etat gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Es werden dann noch verschiedene Eingaben behandelt. Hiermit ist die Tagesordnung





erledigt. Das Haus verlag sich auf unbestimmte Zeit, voraussichtlich bis Anfang Oktober.

Die Abgeordneten Fischer, Siller, Hiller und Baumgärtner (Bürgerpartei und Bauernbund) haben folgende Kleine Anfrage an den Landtag eingebracht:

Wie aus der Presse bekannt, hat die Stadt Heidenheim mit Genehmigung der Kreisregierung Erlaubnisse sich an der Bauhilfe Oberschwaben, Sozialer Baugesellschaft m. b. H. in Ulm a. D. mit 3 Millionen Mark beteiligt. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um künftig zu verhindern, daß kommunale Steuermittel zur Finanzierung von Betrieben verwendet werden, denen durch diese Unterstützung die Konkurrenz gegen einen Teil der örtlichen Steuerzahler ermöglicht wird?

## Württemberg

Stuttgart, 28. Juli. Große Anfrage. Die Mitglieder der Bürgerpartei und des Bauernbundes haben folgende große Anfrage an die Staatsregierung gerichtet: Der unruhige Sturz der deutschen Papiermark während der letzten Wochen raubt einerseits der Industrie, dem Handel und Handwerk — vornehmlich den mittleren und kleinen Betrieben — ungeheure, nicht abzuschätzende Substanzwerte, wird andererseits durch seine unabwehrbaren Folgen von ungewissen und gewisslosen Sehern zu einer Aufspaltung der Massen gegen Erzeuger und Händler ohne Unterschied wegenüßt. Gefährliche Ausbrüche der misleiteten Volkseidenschaft drohen daraus zu entstehen. Warum hat die Staatsregierung bisher nichts getan, um die breiten Massen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge aufzuklären? Ist das Staatsministerium gewillt, schleunigst das Verhältnis für die volks- und volkswirtschaftlichen Zusammenhänge in alle Volksteile zu fragen: 1. durch Aufklärung in sämtlichen Betriebsstätten und Schulen des Landes; 2. durch die Presse; 3. durch die Verbreitung volkstümlicher Flugblätter über die Beziehungen von Geld und Ware, Sache und Leistung, Kapital und Arbeit?

Stuttgart, 28. Juli. Bürgerschaft für landwirtschaftliche Kredite. Das Staatsministerium hat dem Bauernbund nach dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, wonach die Staatsregierung ermächtigt werden soll, a) zur Sicherstellung der Vorkostversorgung im Wirtschaftsjahr vom 1. August 1923/24 für Darlehen, die zu diesem Zweck am Amisförperschaften und Gemeinden gewährt werden, bis zum Betrag von zusammen 100 Millionen M. b) zur Erleichterung des Bezugs von künstlichen Düngemitteln und Saatgut für die Ernte 1924 für Darlehen, die zu diesem Zweck am Amisförperschaften und Gemeinden gewährt werden, bis zum Betrag von zusammen 100 Millionen M. c) zur Erleichterung des Bezugs von künstlichen Düngemitteln und Saatgut für die Ernte 1924 für Darlehen, die zu diesem Zweck am Amisförperschaften und Gemeinden gewährt werden, bis zum Betrag von 10 Millionen M. namens des württ. Staatsbürgerschaft zu übernehmen.

Gosbach, 28. Juli. Verpachtung. Die Schafweide wurde auf dem Rathaus versteigert und vom Kauf der Grundbesitzer der Reichs- und Heupreise. Der Wert wird vom April bis Oktober nächsten Jahres berechnet und stellt schon jetzt die Summe von annähernd einer Million dar. Die Steigerer sind mehrere hiesige Schafhalter, die sich zusammengekauft hatten.

Schwanningen, 28. Juli. Neue Lohnvereinbarungen in der Uhrenindustrie. Die am Mittwoch in Donaueschingen mit dem Verband der Uhrenindustrie der Schwarzwalds gepflogenen Verhandlungen zwecks Festlegung neuer Teuerungszulagen haben zu keiner Einigung geführt, so daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten. Dagegen haben die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Kotzwil zu einer freiwilligen Einigung der beiden Parteien geführt, so daß sich ein Schiedsspruch erübrigte. Es wurden folgende Erhöhungen vereinbart: 10 v. H. für Selernie und Auslieferung und 10 v. H. für Hilfsarbeiter, Frauen und Lehrlinge.

Beuron, 27. Juli. Einbruch. Aus der Kirche in Hausen i. L. wurde aus dem Tabernakel der Speiseeisch gestohlen. Auch einige Becher und Kerzen wurden entwendet. Bei einem in der gleichen Nacht in der Kapelle in Langenbrunn verübten Einbruch fiel den Dieben nichts Wertvolles in die Hände.

Neuenbürg. Amisförperschaftsgebäude. In der am 26. Juli stattgefundenen Amisversammlung wurde der Neubau eines Amisförperschaftsgebäudes nach den von Oberamtsbaumeister Siebel gefertigten Plänen beschlossen.

## Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 30. Juli 1923.

Vom Seminar. Anfangs Juli wurde am hiesigen Seminar die e. H. Dienstsprache abgeschlossen, bei der 29 Kandidaten die Befähigung zu außerplanmäßiger Verwendung im Volksschuldienst erzielten. Besondere sind die Ausfahrten für baldige Anstellung im Schuldienst zum Teil nicht günstig. Nach einer amtlichen Mitteilung im Staatsanzeiger vom 12. Juli d. J. werden die Lehramtsbewerber bis zur dauernden Anstellung mit einer Wartezeit von 2-3 1/2 Jahren rechnen müssen. Einzelfragen suchen diese jungen Leute in anderen Berufen unterzukommen, um ihren Lebensunterhalt endlich selbst bestreiten zu können. Es leuchtet aber ein, daß sie durch ihrer eigentlichen Berufstätigkeit entzogen werden zum Schaden der Schule. Es wäre daher im Interesse der Schule, wenn die Regierung durch geeignete Maßnahmen diesem Uebelstand steuern würde. Das Seminar hat vom 28. Juli bis 2. September Ferien.

### Große öffentl. Volksversammlung.

In einer von der Soz. Partei einberufenen Versammlung sprach am Samstag abend im volkshausigen Traudensaal Herr Landtagsabg. Ulrich über das Thema: „Kaufstrafe über die Reaktion und Bürgerkrieg“. Nach einer kurzen Begrüßung des Herrn Jig führte der Redner folgende Gedanken aus: Das deutsche Volk führt gegenwärtig an Rhein und Ruhr einen Kampf auf Leben und Tod. Dieser Kampf hat in Deutschland alles aufgewühlt: Leuzens, Genoaer, Unterdrückung, leider auch in vielen Kreisen kräftigen Sozialismus. Frankreichs Aktion ist nicht nur eine Verletzung des Vertrages von Versailles, sondern ein Attentat auf das Leben des deutschen

Volk mit dem Ziel der Ausbreitung des Ruhrgebietes, der Trennung von Süd und Nord, der Zerstückelung der deutschen Einheit. Man sollte annehmen, alle Parteien und Gewerkschaften würden zusammenstehen und sich nur auf das Eine besinnen: Wie ist es möglich, unser Volk zu retten? Statt dessen sind andere Kräfte am Werk. Spekulant und Wucherer im Verein mit parteipolitischen Gruppen, die Hand in Hand mit Bolschewik arbeiten. Die Faschisten oder wie sie sich in Deutschland heißen, Nationalsozialistische Arbeiterpartei, drohen zu einer Gefahr für Deutschland zu werden. Schon der Name ist eine Bitterkeit, denn die Faschisten sind weder national, noch sozial. Zusammengefaßt ist diese Partei aus Leuten, die ihre alte soziale Stellung verloren haben, aus gestörten Wirtschäften und phantastischen Ideologen. Welche Politik diese Leute machen, sieht man an Italien: 50000 Arbeiter und Beamte wurden entlassen, dafür 140000 Soldaten eingestellt; Eisenbahn, Telegraph und anderes dem Privatbesitz ausgeteilt, die Renten herabgesetzt, dafür die Pensionen der Offiziere erhöht. Ähnlich in Ungarn: den Kleinbauern wurde Grund und Boden genommen und an die Großgrundbesitzer ausgeliefert. Die Zusammensetzung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist so widersprechend wie ihr Programm: ehemalige Offiziere, Leute aus dem Mittelstand, die verachtet sind u. die Schuld allein der Revolution zuschieben, und auch Arbeiter lassen sich verleiten. Dittiert wird ihre Politik von den Millionen der Schwerindustrie. Die geistigen Väter dieser Bewegung sind die ganz rechtsstehenden Parteien, der frühere Aldeutsche Verband. Der Redner nahm sodann eine kritische Untersuchung des Württembergers Programms der Nationalsozialisten vor. Dasselbe ist absichtlich verworren und unklar, damit jeder das hineinlesen kann, was ihm gefällt. Da wird gefordert die Gleichberechtigung aller Völker in demselben Atemzug aber auch Kolonien für Deutschland. Dort Gleichberechtigung, hier Abhängigkeit. Es wird gefordert Eingliederung aller Völker, Revolutionen und Reparationsgewinne: ganz einverstanden damit! Es wird sogar gefordert die Verstaatlichung aller größeren Betriebe. Wie das aussehen würde, kann man an den Eisenbahnen Italiens sehen. Uebrigens würden sich die politischen Freunde der Nationalsozialisten mit aller Macht dagegen sträuben. Da wird eine gesunde Bodenreform gefordert, mittlerweile müßte man im Landtag auch das Gebot, das für den Redaktionsrat in Betracht kommt, dem Spulantenentum auslösen. Da wird weiter eine gründliche Volkseidung gefordert: das Gemeinwohl dürfte der Fall sein. Diese Rede haben das größte Interesse daran, das gemeine Volk unien zu halten: man lese in den Land- und Reichstagsberichten, wieviel manche Herren für eine gründliche Bildung des „Volks“ übrig haben. Redner wandte sich sodann sehr scharf gegen Herrn Redner jr. und wies der Bürgerpartei und dem Bauernbund vor, daß sie diesen Herrn noch nicht von sich abgetrennt haben. Sehr wohlwollend war, wie der Redner jedes Wort verurteilte, einzelne Fälle ausgenommen, wie er aber namentlich einen Bürgerkrieg als den besten Ausweg verurteilte. Würde die Politik der Aldeutschen und ihrer Anhänger gemacht, dann wäre es um die Existenz des deutschen Volks geschehen; würde ein Bürgerkrieg demutbedingem, wie ihn Hitler und seine Anhänger wollen, so hätte Poincare gewonnen. Das deutsche Volk sollte wahrhaftig andere Sorgen haben, als einen Bürgerkrieg heraus zu beschreiben. Unter dieser Forderung ist neben politischer Gleichberechtigung, neben Spekulationen und Schmarotzertum, neben einer ganz falschen Steuer- und Wirtschaftspolitik unsere Hoffnungslosigkeit. Ein Volk ist nur dann verloren, wenn es sich selbst aufgibt. Redner legt die Hoffnung auf das Rad der Weltgeschichte, das auch Poincare und seine Politik germaßen wird, zwar nicht von heute auf morgen, aber es wird kommen. Seine Rede klang aus in dem Satz: Ihr kommt uns; doch ihr zwingt uns nicht, unter die Welt trotz alledem! — An der Diskussion beteiligten sich die Herren Räte und Bauer. Letzterer trat für den Passivismus ein, letzterer u. teilsweise namentlich die Schulfraktion und der französische Politik an der schlimmen Lage Deutschlands u. forderte eine gerechte Steuer- und eine andere Wirtschaftspolitik. Scharf wandte er sich sodann gegen den „Ordnungsstaat“ Bayern, der sogar dem verparteilichen Kardoff gar nicht als Ordnungstaat vorkommt. Unser aller Streben muß darauf gerichtet sein, den Kampf an Rhein und Ruhr zu gewinnen und dafür müssen die Besitzenden auch willkürliche Opfer bringen. In seinem Schlusswort sprach der Redner des Abends u. a. in sehr verständlichen Worten noch die Lage des Kleinbauern und gab den Besitzenden mit Herrn Stresemann den Rat, lieber ein Viertel ihres Besitzes als Steuer herzugeben (obwohl Volksgenossen haben alles drangehen müssen) als daß sie weiter lauern, eines schönen Tages alles hergeben zu müssen. Gegen 12 Uhr konnte Herr Jig die Versammlung schließen.

Halterbach, Sitzung des Gemeinderats vom 26. Juli. Die Bezüge der Beamten und Angestellten der Staatsgemeinde werden nach Vorgang bei Reich u. Staat auf 1. Juli d. J. neu geregelt. Es erfolgte die Umstellung auf die neuen Grundbesätze und auf die Teuerungszulage; eine Änderung in den Befoldungsverhältnissen des Einzelnen tritt nicht ein. Entsprechend der fortschreitenden Teuerung müssen auch die Löhne der Arbeiter, Holzwerker, Waldarbeiterinnen und die Entschädigungen der Fuhrhalter u. der Steinträger gegenüber bisher wesentlich erhöht werden. Die Schlachtvieh- u. Viefschlachtgebühren und in Verbindung damit die zur Stadtkasse zur erhebenden Beschlachtgebühren werden — auf 1. Juli d. J. wirksam — neu geregelt und es erfahren ferner die Leichenschlachtegebühren die gefällige Erhöhung. — Die für Juli zur Auszahlung kommenden Unterzahlungen der Rentnerinnen und der Sozialrentner werden dem Gemeinderat bekanntgegeben; dem Rentnerauschuß wurde Mitteilung bezüglich der Abgabe der Unterzahlungen in bar und in Sachleistungen erteilt. — Die

Entschädigung für das Pfarrbefoldungsholz für das Rechnungsjahr 1923 ist nach den Kuppelpreisen berechnet zur Zahlung angewiesen worden. Das Verlangen der kirchlichen Befoldungskasse, die auf 1,3 Millionen berechnete Entschädigung dem gesunkenen Geldwert entsprechend zu erhöhen, weist der Rat zurück. Die Gemeinden können auch ihrerseits die rückständigen Steuern und sonstigen Schuldigkeiten nicht der Balance anpassen und von heute auf morgen ändern und müssen die gleiche Rücksicht auch bei den Schuldigkeiten der Gemeinde verlangen. — Die letztmals beschlossene Zurücknahme einzelner Pachtgrundstücke zur Eigengewerkschaft seitens der Gemeinde die nicht ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden kann, wird dahin ausgedehnt, daß der ganze Pacht gekündigt werden soll. Die Johann von der Gemeinde nicht benötigten Grundstücke werden auf Herbst d. J. zu verpachtet. Anwendungen, die die Pächter durch Einlösung der Grundstücke mit Futter hatten, werden auf Nachweis entschädigt. — Gesuche um Zuweisung von Bauholz sollen aus dem nächsten Holzjahr unter Ansat des festgesetzten Tagespreises berücksichtigt werden. Auf ein Gesuch des Fr. Weglag, Schreiner wird der Anteil am Bauholzengesuch für einen zu erstellenden Neubau auf die Gemeinde übernommen. — Die Gebühren für Uebergehung von Gräbern werden wesentlich erhöht, der Erwachsenen-Gräbern auf 50 000 Mark und bei Kinder-Gräbern auf 25 000 M. — Die Höhe der Wagengebühren und der Gebühren für Benutzung der Gemeindefriedhöfe werden mit sofortiger Wirkung vergrößert. — Neben einem Gesuch um Aufnahme in das Abgabungsbürgerrecht, dem beigegeben worden ist, wurden noch vier kleinere Gesuche zum Schluß erledigt.

Vom Warten Straßendamm. Am letzten Freitag 27. Juli hat die Bewehrung der neuen Straße von unserem Ort zum Ringelhof ihren Anfang genommen. Wird, wie erwartet, diese Woche auch die 2. Walze ihre Tätigkeit aufnehmen, so dürfte bis in 4 Wochen das nammehr so weit gediehene Werk seiner Vollenbung nicht mehr ferne sein. Wie angenehm und fröhlich dann unter Wegfall des beschwerlichen sog. „Krautlagers“ hinter dem Berner Bahnhof durchs landwirtschaftlich hervorragende Zielensbachthal hinunter wandern, fahren, tadeln lassen. Wir wünschen Glück zur baldigen endgültigen Erreichung dieses Ziels.

Die neuen Eisenbahntarife vom 1. August. Mit Wirkung vom 1. August werden die Eisenbahntarife in der dritten und vierten Klasse um etwa 250 Prozent, in der ersten und zweiten Klasse um 300 Prozent erhöht, so daß sich folgende Einheitspreise für die Kilometer ergeben:

in der 1. Klasse 3200 M	in der 3. Klasse 500 M
in der 2. Klasse 1600 M	in der 4. Klasse 300 M

Die Schnellzugzuschläge für die Benutzung von D-Zügen betragen:

in der 1. Zone (bis 75 Kilometer)	1. Kl. 64 000 M, 2. Kl. 32 000 M, 3. Kl. 10 000 M
in der 2. Zone (bis 150 Kilometer)	1. Kl. 128 000 M, 2. Kl. 64 000 M, 3. Kl. 20 000 M
in der 3. Zone (über 150 Kilometer)	1. Kl. 192 000 M, 2. Kl. 96 000 M, 3. Kl. 30 000 M

Eine Bahnsteigtarte kostet 3000 M, der Einheitspreis für Gepäck beträgt 128 M für 10 Kilo und 1 Kilometer die Mindestfracht 9000 M.

Die Preise für Bettkarten, deren Vorverkauf 7 Tage vor Abgang des Zuges bei allen MER-Büros beginnt, betragen (für die Inlandstrecken der Reichsbahn- und Mittelrhein-Eisenbahnen) in der 1. Kl. (Einzelabteil) 600 000 M, in der 2. Kl. (2 Personen in einem Abteil) 300 000 M, für Liegewagen 3. Kl. 120 000 M und die Normierabteiler von 10 Prozent.

An der viertägigen Gültigkeit der gewöhnlichen Fahrkarten wird nichts geändert; Fahrkarten, die am 31. Juli gekauft sind, gelten zur Fahrt noch bis zum 3. August, jedoch muß die Reise bis Mitternacht beendet sein.

## Merke!

Der Konfessionswechsel in Deutschland. In der nach steigender wieder stärker in Fluß geratenen Uebertrittsbewegung zwischen evang. und kath. Kirche ist zufolge den bis 1921 einschließlichen reichenden Berechnungen von D. Schneider, dem Leiter des kirchenstatistischen Amtes des Deutschen Evang. Kirchenbundes, die Zahl der zur evang. Kirche über tretenden Katholiken wesentlich größer gewesen als umgekehrt die Zahl der zur kath. Kirche über tretenden Evangelischen. Dabei ist der evang. Uebertritt von Jahr zu Jahr gewachsen: er betrug im Jahr 1921 mit 3 419 um 1000 mehr als im Vorjahr; im Jahr 1920 kamen auf 100 000 Katholiken durchschnittlich 57,01 Uebertritte zur evang. Kirche, auf 100 000 Evangelische 22,57 Uebertritte zur kath. Kirche; im Jahr 1921 hat sich dieses Uebergewicht zugunsten der evang. Kirche noch vergrößert. Die neue Uebertrittsbewegung der kath. Kirche führt infolge seiner strengen Vorschriften ihre in Wirklichkeit lebenden Kirchenglieder, soweit sie das Gebot kath. Kindererziehung nicht erfüllen, in religiöse Vereinsamung und legt ihnen dadurch wohl den Gedanken des Uebertritts nahe.

Ein Flieger-Nationaldenkmal in der Höhe. Ein Nationaldenkmal für die sämtlichen gefallenen deutschen Fliegerhelden soll auf der Wassertuppe in Kürze errichtet werden. Die Einweihung der Flieger-Gedenkstätte ist in Verbindung mit der Segelflugwoche auf den 30. August festgesetzt und als große Feier gedacht.

Das schnellste deutsche Passagierschiff. Um immer wieder aufstaudenden Gerüchten die Spitze abzubrechen, teilt der Norddeutsche Lloyd mit, daß der auf der Schiffsbauwerft in Danzig erbaute Schnelldampfer „Columbus“, das schnellste und größte deutsche Passagierschiff der Nachkriegszeit, seine erste Ausreise, wie stets beabsichtigt, am 11. Oktober unter der Kommando von Bremerhaven aus antritt.

## Gemeinnütziges.

Jahresreden von den Händen zu entfernen. 1. Berren, Kirchenglieder usw. reinigt man sehr leicht mit Preßholz oder angefeuchteter über angezündeten Schwefelholzchen oder Schwefeldampf. 2. Farbe von Nässen entfernt man von den Händen, wenn man die dünnen Häutchen der Nähkerne einige Zeit im Wasser gleiten läßt und in dieser Flüssigkeit dann die

Vergessen Sie nicht heute noch den „Gesellschafter“ für AUGUST zu bestellen Sie brauchen eine Zeitung!



hände wäscht. 3. Gegen das Verschwinden der Hände beim Einmachen des Obstes usw. empfiehlt es sich, dieselben vorher tüchtig mit starkem Essig zu waschen und dann abzutrocknen.

**Für die Küche**

**Ueber das Suppenkochen.** Eine gute Suppe zu kochen, ist zwar keine Kunst, aber immerhin braucht es viel Aufmerksamkeit, um die Fleischsuppe kräftig und das Rindfleisch gleichzeitig schmackhaft und saftig zu erhalten. Will man das Fleisch weich und saftig haben, so muß es vor allem auf beiden Seiten mit dem Fleischschlüssel gut geklopft werden. Dann wäscht man es rasch, trocknet es ab (aber läßt es keinesfalls längere Zeit im Wasser liegen) und legt es auf beiden Seiten. Soll das Fleisch saftig bleiben, so muß es unbedingt in kochendem Wasser zugelegt werden. Die Suppe wird trotzdem kräftig, wenn man die Knochen und vielleicht ein Stüchlein Leber zuvor kalt mit dem Brühsatz aufgekocht hat. Wer das Grün nicht auf dem Tisch haben will, der binde es am besten in ein Bündelchen; mer es aber liebt, schneide es fein in die Suppe, die dadurch sehr schmackhaft wird. Für 1 1/2 Kilogramm gutes Rind- oder Ochsenfleisch genügen 1 1/2-2 Stunden Kochzeit. Für Rindfleisch müssen etwa 3 Stunden schwaches Feuer gepflegt werden. (Kochliste zu empfehlen.) Man wähle einen Topf, der für zwei Tage Suppe enthalten kann, rechne auf jede Person zwei Teller Wasser und gebe im ganzen zwei bis drei Teller zu, da ja immerhin etwas verdunstet. Nachfüllen, namentlich mit nicht kochendem oder gar kaltem Wasser, macht auch das weiche Fleisch unbedingt saftig. Hat man Knochen von Wild, Geflügel oder Kalbfleisch, so zerhacke man diese und gebe sie in die Suppe, sie erhöhen den Wohlgeschmack bedeutend. Eine geschälte Zwiebel, auf dem Herde braun gebräunt, gibt eine schöne Farbe. Junn Sieden sind am besten die mageren Stücke, Mittels- und Hinterschwingstücke, Rippenstück. Wer Feil liebt, kann Brustkern wählen, auch das Schwanzstück mit dem ganzen Fett kochen. Nie aber nehme man Riemenstück zum Sieden, denn es schmeckt wie Unschlitt.

**Turnen, Spiel und Sport.**

Der **Radsportverein Nagold** erhielt bei dem gestrigen Sportsfest in Walddorf den seit 6 Wochen als 1A ausgestellten Korkpreis. Wir gratulieren!

**Handelsnachrichten.**

Der **Dollar** will über 1 Million Mark bewertet. In Bankkreisen legen am Samstag die widersprechendsten Meinungen über den Stand der Mark vor. Eine höhere Bewertung der Kage ist deshalb nicht möglich, zumal auch eine amtliche Devisenfestsetzung heute nicht vorgenommen wird. Daher ist nur, daß die Mark seit Freitag erheblich niedriger bewertet wird. So wurde in den Vormittagsstunden ein Markkurs von 1000 Reichsmark gegen eine Parität von 181 818 entfallen. Ueber Basel errechnet ergibt sich ein Dollarkurs von 1000 Reichsmark gegen eine Parität von 181 818 entfallen. Ueber Basel errechnet ergibt sich ein Dollarkurs von 1000 Reichsmark gegen eine Parität von 181 818 entfallen.

**Reue Bestimmungen für die Regulierung von Devisengeschäften.** Der Berliner Börsenvorstand hat die Bekanntmachung vom 8. Januar 1923 betr. Zinsänderung im Falle verspäteter Devisenbeschaffung wie folgt geändert: Bei verspätetem Eingang verhängte Anzahlungen in fremder Währung sind der liefernden Firma, falls die Anschaffung sich bis zu drei Tagen verzögert, Zinsen mit 2 v. H. über dem Bankfuß des betr. Landes, falls die Anlieferung um mehr als drei Tage verzögert wird, mit 4 v. H. über dem Bankfuß des betr. Landes in Anrechnung zu bringen. Außerdem kann auch die Erfüllung aller nachweisbar entstandenen Schäden beansprucht werden. Die Regulierung der Verzugszinsen ist in Reichsmark zum Kurse der Regulierungstabelle vorzunehmen. Bei Anzahlung Wien sind, falls die Anschaffung um mehr als drei Tage verzögert wird, vom Verkäufer 20 v. H. Verzugszinsen zu bezahlen.

**Vom Berliner Geldmarkt.** Der Geldmarkt zeigte in Berlin heute ein besseres Aussehen. Vor allem scheint die Zahlungsmittel durch die Ausgabe der Fünfmillionenmarkcheine, die endlich einmal in Umlauf gebracht werden, sich zu beruhigen.

**Geldkredite für die Ruhrindustrie.** Von Berliner unabhängiger Seite verlautet, daß der Reichsminister Kredite auf mehrwöchiger Grundlage vergeben werden. Dies bedeutet den ersten Schritt zur Einführung von Geldkrediten überhaupt und eine Bestärkung zum Geldmarkt, auf den die Regierung energisch hinarbeitet.

**Ueberechnung der 5% Redar-Goldanleihe.** Die von der Redar-Kittengesellschaft ausgelegte 2. Serie der 5% Redar-Goldanleihe in Höhe einer Million Goldmark ist erheblich überzeichnet und am ersten Tage geschlossen worden.

**Obstschneepreise.** Ein teurer, aber trotzdem gesuchter Artikel ist gegenwärtig Brautwein. Der Preis für Obst-Schnaps ist auf 40 000 bis 50 000 M. das Liter, der für Rischwoasser, Pfäumer- oder Zwetschgenwasser gar auf 70 000 bis 80 000 M. hinaufgeschwollen. Als Grund hierfür wird der Ausfall der Obsternt dieses Jahres und die erhöhte Brennsteuer ins Feld geführt, ferner auch die teuren hohen Weinpreise.

**Südwestlicher Tabakmarkt.** Mannheim, 27. Juli. Der Tabakmarkt ist der Markt in allen Tabaken sehr fest; in Reichsmark sind fast keine Offerten zu erzielen, wohl aber sind in Goldwährung Verkäufer vorhanden. Rippen sind sehr gefragt; auch hierfür verlangen die Verkäufer Bezahlung in holländischer Währung. Die Korbhändler von Zigarren sperren wieder den Verkauf. Die reichlichen Niederschläge der letzten Woche, verbunden mit warmem Wetter, haben die Ausfichten für die neue Tabakernte gebessert. Die Pflanzen haben im Wachstum gute Fortschritte gemacht. Man sieht in den einzelnen Gegenden so gleichmäßig angewachsene und entwickelte Pflanzen, daß man, der Zeit entsprechend, keinen besseren Stand verlangen kann. Die festigen Preise und die guten Ernteausichten haben dazu geführt, daß auch die Aktien der Handelsgesellschaft für Tabak A.-G. in Köln, in der der größte Teil der badischen Tabakerzeuger zusammengeschlossen sind, erhöhte Beachtung gefunden haben. Sie werden im Mannheimer Freiverkehrs zwischen 11 000 und 13 000 Proz. circa zuletzt genannt.

**Wittenberg, 28. Juli. Holzmarkt.** Bei dem gestrigen Markt, Lagerverkauf, bei welchem 325 Festm. Fichten- und Tannenstämme in allen Klassen zum Verkauf kamen, wurde ein Durchschnittserlös von 31 034 % erzielt.

**Markte**

**Mannheim, 28. Juli. Farnenversteigerung.** Bei einer hier vorgenommenen Farnenauktion des Fränkisch-Höhenröschlichen Farnenversteigerungsverbandes wurden von 24 Zuschauern 10 bei einem Durchschnittspreis von rund 51 Millionen M. verkauft.

**Schwabenzug, 28. Juli. Schweinepreise.** Auf dem Schweinemarkt kostete das Paar Milchschweine 1,4-2,4 Millionen M.

Von Irland kommt eine neue Sebrung herauf, doch behauptet sie nicht nach der Hochzeit im Westen. Am Montag und Dienstag ist uwerst noch mit Fortsetzung des vorwiegend heiteren und trocknen Wetters zu rechnen.

**Blut und Nerven**

missen Sie gesund halten. Wir empfehlen Ihnen nämlich ein bis zwei kleine Gläschen des angenehmen schmeckenden **Sagitta Blut- und Nervenmittels** zu trinken. **Sagitta Blut- und Nervenmittel** wirkt blutbildend und nervenstärkend, ist für Nervenkranke das gerühmte Refigionsmittel. **Sagitta Blut- und Nervenmittel** ist in allen Apotheken erhältlich, hat vorzügliche **Apoth. Nagold.**

**Biernachsteuer**

**auf 1. August 1923.**  
1. Bier, das sich am 1. August 1923 außerhalb der Erzeugungsstätte im Besitze von Bierhändlern oder Wirten befindet, unterliegt der Nachsteuerung.  
2. Bierhändler und Wirte haben die am 1. August 1923 in ihrem Besitze befindlichen nachsteuerpflichtigen Vorräte an Bier bis zum 5. August 1923 und, sofern sich das Bier am 1. August 1923 unterwegs befindet, alsbald nach seinem Eingange dem zuständigen Zollamt oder dem Aufsichtsposten nach Zahl und Raumgehalt der Gefäße, in denen sich das Bier befindet, und unter Angabe der Biergattung (Einschöpter, Schankbier, Soldbier, Storbier) schaftlich oder in einer vom Zollamt anzunehmenden Behandlung anzumelden.  
3. Als Wirte gelten auch die Brauereien hinsichtlich ihrer eigenen Ausschankstellen. Den Wirten gleichzusetzen sind Konsumvereine, Kantinen, Kaffee- und ähnliche Vereinigungen, auch wenn sie Bier nur an ihre Mitglieder in ihren eigenen Räumen abgeben.  
4. Als Bierhändler gelten auch die Brauereien hinsichtlich ihrer außerhalb der anmeldspflichtigen Brauereireichnisse befindlichen Vorräte.  
5. Anmeldeformulare sind bei den Zollämtern und den Zollaufsichtsposten erhältlich.  
6. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Biernachsteuer sind strafbar.  
**Horb, den 27. Juli 1923**  
249 **Hauptzollamt: gez. Rapp.**

**Bödingen.**

Am **Mittwoch, den 1. August, nachm. 1 Uhr**  
mit der besten **Herbstschafweide**  
auf dem **Haus**  
**verpachtet.**  
253 **Gemeinderat.**

**Bandkalender für die ev. Volksschulen**  
empf. bei **Buchhandlung Kaiser.**

**Rehfelle**  
gefoltzen oder getrocknet!  
Von einer bedeutenden süddeutschen Lederfabrik werden Sommer- u. Aufstecker für laufende Besetzungen von Rehfellen gefolzt. Erlangebest. an den Geschäftsführer unter Z. 5720.  
Einte empf. G. W. Kaiser.

**Pferdverkauf**

am nächsten **Mittwoch** morgens 1/8 Uhr auf der Stadtwiese - Rangier in **Nagold, Eisberg, Vollmaringerberg** und **Lohrberg.** 255

**Verlaufen**

hat sich ein **Wolfshund**  
(streift Ohren nicht ganz) mit einfachem **Reinheitsband**, hört auf den Namen **"Rug"**. Gegen Belohnung abgegeben bei **Leig, Köhlerlei.** Verkauf wird gemocht.

**Achtung.** 244  
Kaufe u. bezahle die höchsten Tagespreise für **angehäumte Frauenhaare.**  
Auch kleine Quanten.  
**Gengenbach, Friseur, Wildberg.**

**Heute Abend**  
**Monats-Versammlung** i. d. **"Löwen"**. **Boulevard** erscheinen, hauptsächlich der **älteren Mitglieder** ist dringend erwünscht. 257 **Vorstand.**

**Gesucht**  
wird zum sofortigen Eintritt 1 tüchtiger **Kaufmann**  
möglichst aus der **Wohlbearbeitung** von 258 **Emil Bühler** **Wohlbearbeitung, Efringen.**

256 **Nagold, 30. Juli 1923.**  
**Statt besonderer Anzeige.**  
  
Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unsere einzige, innigstgeliebte Tochter und Schwester **Lydia Schuon**  
nach 11 Monate langer Krankheit im Alter von 20 Jahren gestern Nachmittag in die ewige Heimat abgerufen wurde.  
Um stille Teilnahme bitten die trauernden Eltern:  
**Carl Schuon mit Frau Philippine geb. Mayer,**  
die Brüder: **Karl, Hermann und Gottlob.**  
Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 2 Uhr statt.

Wir hatten Gelegenheit, **Damen-Kostüm-Röcke** in bester Qualität und einem noch günstigen Dollarkurs herbeizubekommen u. sind die Preise sehr vorteilhaft zu nennen. Ausserdem empfehlen wir:  
**Strickjacken, gestr. Ueberblusen, Damenstrumpfe**  
in B-Wolle u. Seide, versch. Farben  
**Herren-Filz- und Haar-Hüte**  
**Sommerjoppen, gestr. Knabenanzüge.**  
**Kaufhaus Kittel, Nagold**  
geöffnet von 8-12 und 1/2-7 Uhr.

Ein festes, echtes **Mädchen**  
im Alter von 20 Jahren findet gute Bezüge und angenehme Stelle bei **Frau Ehlinger** **Pforzheim, Fritzenstr. 1.**  
**Wilhelm H. Rücker & Cie.**  
**Baden-Baden**  
Telefon 784  
**Knochen-Leim**  
**Misch-Leim**  
**Leder-Leim**  
**Schellack** 258

**Treibriemen**  
**Max Fritz, Stuttgart**  
Tel. S.A. 21614 nur **Azenbergstr. 22**  
Fabrikation in **Feuerbach.**  
Techn. Spezialfirma für **Garantie - Qual. Ware.**  
Langjährig. Lieferant erster Firmen der Industrie.  
Viele Referenzen.  
**Reichhaltigstes größtes Lager in allen Ausführungen und Qualitäten.** Schnellste, beste und billigste Bedienung. Verarbeitet wird nur Kernleder bester württ. Gerbung in techn. Vollendung.  
**Beste Riemen für Landwirtschaft**  
auch noch aus alterem Leder und Militärlleder.  
Preislisten auf Wunsch. Lagerbesuch zu empfehlen.

**steht fest**  
**und das genügt.**  
**Mey's Stoffkragen**  
sind die **hygienisch einwandfreiesten**  
Wenn unsober werden sie fortgeworfen, Sie sind trotzdem die **billigsten**  
Versuchen Sie auch **Qualität B** mit **Leinwandprägung, welche etwa 1/3 billiger ist.**  
Hauptverkaufsstelle: 1651  
**G. W. ZAISER, Nagold.**